



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1910

73 (13.2.1910) Abendblattt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-140131](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-140131)

General-Anzeiger



Abonnement: (Badische Volkszeitung.) der Stadt Mannheim und Umgebung. (Mannheimer Volksblatt.)
 70 Pfennig monatlich.
 Einzel-Nummer 2 Pf.
 Inserate:
 Die Colonel-Zeile . . . 25 Pf.
 Die Kolonial-Zeile . . . 20 Pf.
 Die Restante-Zeile . . . 1 Mark

Badische Neueste Nachrichten
 Unabhängige Tageszeitung.
 Täglich 2 Ausgaben
 (ausgenommen Sonntag)
 Eigene Redaktionsbüros
 in Berlin und Karlsruhe.

Telegraphen-Adresse:
 „General-Anzeiger
 Mannheim“.
 Telefon-Nummern:
 Direktion, Buchhaltung 1449
 Druckerei-Bureau (An-
 nahmen, Druckarbeiten) 841
 Redaktion 877
 Expedition und Verlags-
 buchhandlung 918

Nr. 73. Montag, 14. Februar 1910. (Abendblatt.)

Sozialdemokratische Straßendemonstrationen

haben gestern in Berlin und mehreren andern großen Städten der preussischen Monarchie stattgefunden. Sie sind im allgemeinen zahn und unblutig verlaufen. Einige Steintwürfe, einige Säbelhiebe, einige Verletzungen, mehrere Verhaftungen. Das ist das Ergebnis der sozialdemokratischen Haupt- und Staatsaktion. Das ganze Ergebnis. Die Veranstalter werden, wenn sie wieder mit den Füßen in den Alltag hineingelangen, sich überzeugen, daß tatsächlich die Tausende von Weibern für nichts und wieder nichts anderes in Marsch gebracht worden sind, als daß einige halbwitzenartige Kurchen „Blutband“ rufen und einige preussische Polizisten blank ziehen konnten. Und im stillen Kämmerlein werden die Drahtzieher des Marionettentheaters sich sagen, Gott sei Dank, daß der Sonntag vorüber und daß es kein „roter Sonntag“ geworden ist — wenn sie ehrlich sind gegen sich und gegen die Massen.

Die bürgerliche Welt haben die Sozialdemokraten auch gestern nicht aus den Augen gehoben, das wollten sie am Ende auch nicht, aber auch nicht einmal wesentlich verdrängen haben sie sie durch eine von ihnen erhoffte Einwirkung auf die Beschleunigung der Wahlrechtsreform. Wer nach den dreitägigen Verhandlungen im preussischen Abgeordnetenhaus noch des holden Wahnes leben kann, die Strafe könne in diesem starren „eigenartigen“ Preußen (eigenartig dadurch, daß ein Bethmann-Hollweg in ihm als Ministerpräsidenten möglich wurde) auch nur ein ganz bescheidenes Wort mitsprechen oder auch nur 5 Gramm in die Wagtschale legen, der muß doch noch sehr in Utopien leben, den horten, aber auch lauben Grant wenig kennen, an dem gestern einige tausend Sozialisten wacker herumgehoben haben. Kein, die geistigen sozialdemokratische Demonstrationen haben die Wahlrechtsvorlage nicht um eines Fingers Breite vorwärts geschoben, das einzige Bößliche und Gute, was man von ihnen sagen kann, ist, daß sie der Sache der Wahlförderung nicht direkt geschadet haben. Das aber hätten sie, wenn es zu blutigen Zusammenstößen, zu wüsten Demonstrationen etwa vor dem Schlosse der Hohenzollern oder im Zentrum von Berlin und anderen Großstädten gekommen wäre. Und die Möglichkeit solcher beklagenswerten Zusammenstöße war gegeben, denn in Berlin wurde das Militär bereitgehalten und jeder Soldat hatte 30 scharfe Patronen und das Bandel über dem Mantel, damit alles zur Hand sei, um eventuell ein Niederreiten zu erleichtern.

Zum Glück ist es nicht so weit gekommen. Einem günstigen Gesicht können wir und die Genossen es danken, daß gestern der reaktionären Meute das Signal nicht gegeben wurde, sich auf die hitzergebaute Demokratie zu werfen. Denn die Wahlrechtsreform auf lange Zeit. Wer Preußen kennt, dessen unerklärlichen Vorn jäher, brutaler reaktionärer Kräfte — sehr reale Kräfte, meine Herrschaften! — der wird uns und allen jenen liberalen Droggen (sogar das „Berl. Tageblatt“ kehrt nicht im Chor!) Recht geben, die vor der Politik der Strafe warnen, die harmlos auslaufen kann, wie gestern geschah, und dann in diesem günstigsten Falle ganz zwecklos war, die aber — ohne Schuld der Polizei wie der Demon-

stranten, noch blinden Naturgelegen gleichsam — blutig enden und dann der Sache der Wahlrechtsreform, in der heute alles liberale Begehren kulminiert, nur Schaden kann.

Wir denken sehr ruhig und kühl über Demonstrationen und bekommen keine Gänsehaut, wenn wir von solchen hören, halten sie sogar in der richtigen Art und von taftvollen, energischen Männern, Massen-Veherrichern geleitet, für nicht unwirksame Mittel politischen Fortschrittes. Wir haben ja selbst, wenn die selbstverständlichen liberalen Forderungen nicht in die Vorlage hineingebracht werden sollten, eine Politik großer eindrucksvoller Kundgebungen des gesamten Volkes, der Arbeiter, des gewerblichen Mittelstandes, der Industrie, des Handels, der Intelligenz empfohlen, an denen dann die Spottgeburt einer Wohlreform zu Grunde gehen sollte. Das ist etwas anderes, als die Demonstrationspolitik der Strafe, an die sich nur zu leicht der Zanohgel ansetzt, die dann gegebenenfalls bald vom großstädtischen Böbel bederricht wird und dann die Hintenschüsse löst, auf die die Reaktion so sehnsüchtig wartet; wir wissen es ja aus den Worten des Ministerpräsidenten selbst, wie gern sich das eigenartige Preußen auf die Volksrechte stürzen würde, die wenigstens im Reiche heute noch nicht angetastet sind. In Uebereinstimmung mit dem gesamten deutschen Liberalismus, der hier keineswegs den „Beschneidungshofrat“ spielen will, raten wir der Sozialdemokratie abermals, Seite an Seite mit dem Liberalismus, Schritt für Schritt sich vorwärtszukämpfen in das alte Preußen hinein, das ist eine Politik der Energie, und ganz gewiß nicht weicherer Besonnenheit, die etwas erreichen kann und erreichen wird. Dadurch, daß wir uns auf die Strafe stellen und nieder mit der Reaktion! brillen, bringen wir nicht einmal die diesen Klassenfeind der konservativen Hochburg zum Klirren. Aber wenn kluge Strategen sowie tüchtige und kluge Taktiker den Widerstand gegen die geheime Wahl und die Neueinteilung der Wahlkreise niederbrechen können, dann ist ein Fortschritt erreicht, dann ziehen so und so viele „Fortschrittsmänner“ mehr in das Haus der Junker und die liberale Kamme wölft, die dann künftig auch die letzten reaktionären Rudimente zerschmettern wird. So philisterhaft und spießbürgerlich, wie manche sozialdemokratische Blätter uns vorwerfen, muß die hier empfohlene Politik doch wohl nicht sein, denn gestern hat in Berlin selbst der sozialdemokratische Abgeordnete Heine in ähnlichen Gedankengängen sich bewegt, er hat erklärt, die Sozialdemokratie müsse diesen Kampf um das Wahlrecht nicht allein führen, sondern mit allen freiheitlichen Elementen zusammen, und nur mit geistigen Waffen, mit Straßendemonstrationen lasse sich nichts erreichen. Man dürfe sich nicht hinreißen lassen, von revolutionären Mitteln Gebrauch zu machen, die man gar nicht besitze. Damit würde man nur den Gegnern nützen. Auch der Generalstreik sei ein Unsinn.

Das ist der Standpunkt eines verständigen Mannes, und die Taktik, die er vorschlägt, stammt nicht aus Utopien, sondern bewegt sich auf dem Boden, auf dem die handgreiflichen politischen Erfolge wachsen. Dieser Standpunkt konnte in Berlin vertreten werden; um so beirrendlicher ist es, daß süddeutsche sozialdemokratische Blätter sich für Generalstreik und Straßendemonstrationen mit dem schönen Feuer der „Vorwärts“-Meute erhitzen. In Karlsruhe konnte Ge-

nosse Eichhorn nach einem uns zugegangenen Bericht sogar eine blutige Brandrede von dem Vorpostengefährte der Revolution halten und sich mit nicht natürlicher Wollust an dem Gedanken berauschen, daß vielleicht in dem Augenblick, wo er spreche, Proletarierblut die Straßen der preussischen Großstädte röte; die von den Karlsruher Sozialdemokraten gefasste Resolution war dann freilich weniger schaurig. Wir verstehen diese Haltung der süddeutschen Sozialdemokratie nicht, mit der sie sich ganz erschützlich mit sich selbst in Widerspruch setzt und sich in den Verdacht einer Abhängigkeit von den radikalen Strömungen in der Partei bringt, der ihr in der öffentlichen Meinung Süddeutschlands durchaus nicht nützlich sein kann. Wo waren ihre klugen Taktiker, als für Generalstreik und Straßendemonstrationen Apologien geschrieben wurden? Was konnte sie bewegen, der Demonstrationspolitik der preussischen Genossen ihre moralische Unterstützung zu leisten, deren Unnützigkeit ihnen doch genau so klar sein sollte, wie dem ihnen geistesverwandten Wolfgang Heine? Um so auffälliger und unfinger ist diese radikale Schwärmerei der süddeutschen Sozialisten, als sie damit eigentlich die Art an die Wurzel eines ihnen sehr nützlichen neuen politischen Gedankens legen, der am Samstag auch im preussischen Nationalparlament Schule gemacht hat. Der nationalliberale Abgeordnete Krause hat in seiner ausgezeichneten Oppositionsrede mit Recht darauf hingewiesen, daß in Ländern, in denen liberale Strömungen vorherrschen, die Art der Betätigung der Sozialdemokratie eine ganz andere sei als in Deutschland. Er stellte leipziger England und Frankreich gegenüber. Aber es ist in derselben Weise oft auch Süddeutschland und Preußen kontrastiert worden, und gerade von süddeutschen Liberalen auf die andersartige Betätigung der süddeutschen Sozialdemokraten hingewiesen zur Rechtfertigung ihrer eigenen Haltung und des liberalen Geistes überhaupt. Warum sich die süddeutsche sozialdemokratische Presse nun darauf kapriziert, diesen neuen, nützlichen und fruchtbringenden Gedanken als eine taube Kuh zu erweisen und jenen konservativen Argumente zu liefern, die da sagen, ob liberales, ob konservatives Regiment, die Sozialdemokratie bleibt radikal und revolutionär und die beste Politik gegen sie ist die der Ausnahmeerlasse und des Niederreitens, — ganz durchsichtig und plan ist diese Politik nicht.

Alles in allem; die norddeutsche Sozialdemokratie sollte den Fokus der Straßendemonstrationen und der Generalstreiks lassen und die süddeutsche Sozialdemokratie ihre platonische Schwärmerei für diesen Unsinn, mit Gotte zu reden. Sie nützen damit nicht, aber lausen das Bißto, der demokratischen Vorwärtsbewegung zu Schaden. Ist das gestern nicht geschah, so sollen die Requisite der Disziplin der Waffen ebenso sehr dankbar sein wie der Zurückhaltung der Polizeibehörden, diese beiden haben die sozialdemokratischen Mädelstührer verhindert, Unheil über die Arbeiter und über die preussische Wahlrechtsvorlage zu bringen. Im übrigen erschütterten Raketen das Weltgebäude nicht, auch nicht das preussische. Ob Herr von Bethmann-Hollweg von den Kundgebungen „beeindruckt“ und zu erprießlicherem Nachdenken über die Forderung des Tages bewegt worden ist? Wir bezweifeln es, fürchten aber, daß das krause Weltbild, das in diesem aus dem Grabe der vormärkischen Zeit aufsteigenden

Seuiletton.

Handel und Wandel in Altbabylonien.

Unter diesem Titel veröffentlicht Friedrich Delitzsch ein kleines Buch bei der Deutschen Verlagsgesellschaft in Stuttgart, in dem er ein abgerundetes Bild der materiellen Kultur Altbabylons auf Grund der neuesten Forschungen entwirft. Wieder lenkt er unseren Blick nach dieser Welt aller Zivilisation, nach dem wunderbaren Kulturland des alten Orients, dessen Dunkel sich durch die jüngsten, besonders von Deutschland gerade geförderten archäologischen Forschungen und Grabungen immer mehr erhellte, dessen geheime Zusammenhänge mit unserer eigenen Gesehtung immer klarer hervortreten. Dieses Land, von einem dichten Netz zahlloser Wasserläufe überpönnene und befruchtete, beispiellos reiche Land ist ja nicht umsonst als die Stätte des einstigen Paradieses bezeichnet und für das „lobenswürdigste Kolonisationsfeld der Gegenwart“ erklärt worden. Hier lebten die alten Bewohner ohne allen Kampf um tägliche Brot, und paradiesisch werden die Zustände uns heutigen denken, wenn wir erfahren, daß die Jahresmiete für ein Haus 1 bis 5 Sökel, d. h. 3—12 Mark betrug, daß ein Huhn für 15 Pf., und ein ganzer Hammel für 8 Mark zu haben war; auch die liebe Jugend wird Schenksucht bekommen noch einem Lande, wo es keine alten Jungfern gab und Schulzwang nicht existierte. Die Kultur, die sich in dieser glücklichen Umgebung entwickelte, ist von semitischen Einwanderern zusammen mit der Urbewönerung der Sumere geschaffen worden, wobei sich zwei ganz verschiedene baanlagte, aber geistig gleich hochstehende Völker zur glücklichen Einheit zusammenschlossen. Die Sumere nämlich waren glänzende Redner, während die Semiten früh künstlerische Fähigkeiten zeigten. Einfach war die tägliche

Nahrung dieses Volkes; das Brot, das in Gestalt von Fladen im Backofen bereitet wurde, galt als die „Stütze des Lebens“; Wasser war das beliebteste Getränk. Die Kleidung war dem heißen Klima angepaßt. Während der Kopf durch Tücher und Binden gegen die Sonne sorgfältig geschützt wurde, genügte für den übrigen Körper ein durch Gürtel oder Schal um die Hüften befestigtes Wollen- oder Linnenband, über welches noch ein Übergewand in maledrischem Haltenwurf angelegt wurde. Zur Fußbekleidung dienten zumeist Sandalen. Ein sehr apartes Gewand trugen die sumerischen Damen an, nämlich einen großen, reichverzieren Schal aus einem einzigen Stück, der sich über der Brust und unter den Armen fest anschloß, dann im Rücken gefaltet und in zwei fein ornamentierten Streifen über die Schulter nach vorn geworfen wurde. Mit Sorgfalt und Geschmack wurde auch die Frisur und das Salben mit „wunderschöner Hand“ ausgeführt. Außerdem trug der alte Babylonier noch stets einen Stogelriag, einen Stiel mit einem bestimmten Abzeichen und einen Schlauch bei sich, der ihm nicht nur als Wasserbehälter, sondern auch als eine Art Schwimmgürtel diente, um die zahlreichen Flüsse und Kanäle zu überqueren. Durch strenge Gesetze, wie sie uns in den 280 Paragrafen der Gesetzbücher Hammurabis erhalten sind, waren alle Verhältnisse des privaten und öffentlichen Lebens geregelt. Schriftliche und durch Zeugen beglaubigte Abmachungen hatten allein Gültigkeit; das galt nicht nur bei jedem Eherecht, sondern auch bei jedem Kaufgeschäft. Wer irgend etwas ohne Zeugen und Vertrag erwarb, galt als Dieb und wurde getötet. Verkauft jemand eine Frau und vergaß die Aufsehung des Schriftstückes, so war jenes Weib nicht seine Gattin. Jedes Weibchen fand einen Mann, wenn es nicht von ihrem Vater zur Priesterin und damit zur Unverheiratetheit bestimmt wurde. Wie es auch heute noch bei den Arabern der Fall ist, wurde die Braut ihrem Vater vom Vater des Bräutigams durch ein Geschenk abgelöst. Die Preise, die gezahlt wurden, sind heute noch so verschieden

wie damals. Bei den Tiber-Äravern kostete ein Mädchen eine Hülle von ca. 140 M. Wert oder einen Esel und drei Schafe. Ein babylonisches Mädchen wurde von ihrer Mutter gegen einen Esel im Wert einer halben Silbermine und 1½ Mine Silber in Haar verkauft. Sehr hübsch sind einige in solchen alten Kontraktbüchern überlieferte Mädchennamen: so heißt eine Braut Bama-jani, „Rein kleiner Schöngel“, und eine andere Ino-Dib-erich, „in das Herz gelohnt“. Et war die Mühsal sehr groß, sowohl in Feld und Garten, in Sklaven, Schmuckstücken, Tieren usw., und zeigte schon die hochgeschätzte Stellung an, die die Frauen in Altbabylonien einnahmen. Im Gegensatz zu den Ägyptern herrschte bei den Babyloniern eine zarte Rücksichtnahme auf die Frau, was wohl auf sumerischen Einfluß zurückzuführen ist. Während in Assyrien der Mann seine Frau einfach weg-schleiden konnte, mußte der Babylonier bei der Scheidung der Frau nicht nur ihre Mühsal, sondern auch ein beträchtliches Scheibgelt von einer Mine Silber geben. Eine Diensthönerin kostete im alten Babylonien nicht. Die Frau besorgte den Haushalt und es galt als ihre höchste Tugend, züchelig zu schalten und zu walten. Unterstützt wurde sie von Sklaven und Sklavinnen, deren Preis im Durchschnitt 10—20 Silbersekel (25—75 M.) für den Mann und 5—6 Silbersekel (etwa 15 M.) für die Frau betrug. Neben dem Ackerbau und der Viehzucht entstand schon in sehr alter Zeit ein lebhafter Handel innerhalb Babyloniens. Er blieb nicht lange auf dem Ackerbau, sondern erhielt schon im dritten Jahrtausend v. Chr. einen großen Aufschwung durch die Verwendung der Edelmetalle, besonders des Silbers, als Wermesser. Der Handel mit den Landesprodukten beschäftigte und ernährte zahllose Groß- und Kleinhändler. Der Großhandel konzentrierte sich in den großen Städten und hatte schon dieselben Formen wie bei uns. Der ausländische Handelsverkehr stand ebenfalls in hoher Blüte; in großen Karawanen wurden die gewerblichen Erzeugnisse durch die Wüste nach den benachbarten Ländern

„Staatsmann“ sich bildete, sich noch mehr verschoben hat; durch den Anblick des Parlamentes der Straße ist er vermuthlich nur noch mehr Parlamentsverächter und Verächter der Demokratie geworden, noch reizbarer, als er am Sonntag in einer Stunde höher und höchst unstaatsmännlicher Trostlosigkeit sich zeigte, und noch stärker.

Darauf es heute in allererster Reihe ankommt, ist eine Arbeitsmehrheit zu bilden, die in das alte Gemäuer des preussischen Wahlrechts zwei hohe und breite liberale Eingangsportale setzt, das geheime Wahlrecht und die Neueinteilung der Wahlkreise; wir betonen ausdrücklich, daß uns das nicht der letzte, sondern nur der erste vorbereitende Schritt ist. An der Bildung dieser Arbeits- und Kampfmehrheit, die uns noch nicht so gesichert scheint, wie der etwas optimistische „Ndn. Ztg.“, sollte sich die Sozialdemokratie lieber beteiligen, als daß sie kostbares deutsches Bürgerblut den Zufällen der Straße aussetzt, und die Schwere der Waffen in die Richtung auf diese Politik bringen, die wirklich durchzuführen das Volk heute schon die Macht hat, während es zur „Revolution“ nun doch einmal „nicht langt“. Seite an Seite mit den Parteien des Liberalismus; die nationalliberale Partei wird scharf, unbegreiflich und energisch diesen Kurs halten, und würde es begreifen, wenn bis zur äußersten Linken hin diese Politik Verständnis und tätige Mitarbeit fände. Es wären die ersten bedeutungsvollsten Schritte zur Berechnung der konservativen Parteiherrschaft im Reich wie in Preußen, gegen die der nationalliberale Abg. Franke am Sonntag so scharf gestritten, daß niemand zweifeln kann, wohin die nationalliberale Reife geht. Was dann später in einem liberaler gefärbten Landtag gesehen kann wird sich zeigen. Geheime Wahl u. Neueinteilung der Wahlkreise sind natürlich noch nicht das Ende der konservativen Parteiherrschaft, das wissen auch die preussischen Nationalliberalen, die vielleicht bisher als alzu genügsam erschienen. Aber es ist ein wichtiger Anfang... Und dann wird es konsequent und logisch weitergehen. Die preussische Eigenart, die der preussische Ministerpräsident konservieren will, ist in der Auflösung und wenn noch zehn Beismann-Hollweg aus dem Grabe aufsteigen, sie werden den Mark der Demokratie nicht aushalten. Das wird der Ministerpräsident am Tage seines Rücktritts erkennen. Oberstaub der Reichskanzler und Ministerpräsident — wir geben ihm sein blödsinniges Wort vom letzten Samstag zurück — daß das Volk und seine Vertreter zu n. S. v. a. sich hinsetzen und Forderungen erheben, die den elementarsten Bedürfnissen politischer Gerechtigkeit entsprechen.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 14. Februar 1910

Die Reichstagsersatzwahl im Wahlkreis Wülheim a. Rh. - Wipperfurth-Gummersbad.

Von den zum Besitzhabe des Zentrums gehörigen Reichstagsmandaten sind nur wenige der Gefahr des Verlustes ausgesetzt, so lange sich die große Mehrheit der katholischen Bevölkerung Deutschlands bei den ultramontanen Forderungen festhält. Eins von diesen wenigen Mandaten ist das für den Wahlkreis Wülheim a. Rh. - Wipperfurth-Gummersbad, in dem am 15. d. Mts. eine Ersatzwahl vorgenommen werden wird, nachdem der bisherige Vertreter Amtsgerichtsrat de Witt vor einigen Monaten verstorben ist. Von 1874 bis 1898 sind in diesem Wahlkreise die ultramontanen Kandidaten immer gleich im ersten Wahlgange gewählt worden. 1903 kam es dagegen zu einer Stichwahl zwischen de Witt mit 15 705 und dem Sozialdemokraten Wilsbach mit 7871 Stimmen, da außerdem für den Nationalliberalen Kronmühl 7585, einen Zentrumsagrarier 782 und je einem freisinnigen und polnischen Zöhlkandidaten 103 bzw. 40 Stimmen abgegeben worden waren. In der Stichwahl siegte de Witt mit 17 846 gegen 7485 sozialdemokratische Stimmen. Bei den letzten Wahlen drang de Witt mit 19 958 Stimmen wieder gleich im ersten Wahlgange durch; die Nationalliberalen konnten aber ihre Stimmenzahl auf 11 218, die Sozialdemokraten auf 8538 steigern, während auf einen polnischen Zöhlkandidaten 43 Stimmen entfielen.

Das Zentrum, das den Oberlandesgerichtsrat Marx in Düsseldorf als Kandidaten angesetzt hat, sieht dem Ergebnisse des ersten Wahlganges — eine Stichwahl wird sicher statt-

gefunden werden — mit einiger Besorgnis entgegen. Wenn es den Nationalliberalen, für die diesmal Rechtsanwalt Dr. Falk-Röhl kandidiert, gelingen sollte, in die engere Wahl mit dem Zentrum zu kommen, muß dieses mit einem Verluste des Wahlkreises rechnen, da die Sozialdemokraten vielleicht die Stichwahlparole für Falk ausgeben werden. Um nun eine Stichwahl mit dem sozialdemokratischen Kandidaten Dr. Erdmann-Röhl herbeizuführen, haben die Ultramontanen die Christlich-Sozialen und den Bund der Landwirte veranlaßt, durch Ausstellung eines Sonder-Kandidaten in der Person des Pfarrers Hömann aus Hülsenbusch, der eine solche Rolle nicht zum ersten Male spielt, den Nationalliberalen in den Rücken zu fallen. Ob diese Taktik den gewünschten Erfolg hat, wird der Wahltag zeigen. Die Agitation der Christlich-Sozialen und Bündler ist jedenfalls so wenig intensiv, daß sie den Liberalen wohl keinen förmlichen Abbruch tun werden.

Zunehmend liegt es aber nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, daß die Sozialdemokraten die Nationalliberalen aus der Stichwahl ausschalten, da sie auch im Wahlkreise Wülheim a. Rh. - Wipperfurth-Gummersbad einen starken Stimmengewinn erfahren dürften. In diesem Falle würde das Zentrum wiederum den endgültigen Sieg davonzutragen. Die Aussichten für den Liberalismus sind aber bei der Aufnahme, die Dr. Falk im Wahlkreise gefunden hat, nicht ungünstig.

Das Arbeitskammergesetz.

Dem Reichstage ist, wie wir meldeten, der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes erneut zugegangen. Es wird dazu an Einzelheiten noch folgendes gemeldet:

Wie bekannt, war ein Gesetzentwurf über ein Arbeitskammergesetz bereits am 25. November 1908 an den Reichstag gelangt, der auch von einer Kommission durchberaten worden ist. Da aber durch den Schluß der Session eine Verabschiedung der Vorlage nicht erfolgte, so wird jetzt neuerdings der Gesetzentwurf dem Reichstage vorgelegt, wobei die Beschlüsse der Kommission nach Möglichkeit Berücksichtigung gefunden haben. So ist im Paragr. 3 in Uebereinstimmung mit den in der Kommission geäußerten Wünschen den Arbeitskammern ausdrücklich zur Pflicht gemacht worden, auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken und die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen zu fördern. Auch ist bestimmt worden, daß die Arbeitskammern Anträge über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der in ihnen vertretenen Gewerbebranche in ihrem Bezirk selbständig veranlassen können. Im Paragr. 7, Absatz 1 sind entsprechend einem Kommissions-Beschluß die Betriebsbeamten, Werkmeister und Techniker mit Rücksicht auf die Schwierigkeit ihrer Stellung in der Arbeitskammer von der Geltung des Gesetzes ausgeschlossen worden. Dagegen haben die Verbündeten Regierungen den Beschluß der Kommission, wonach die Befugnis zur Errichtung von Arbeitskammern von der Landeszentralbehörde auf den Bundesrat übertragen werden sollte, seine Folge gegeben, weil sie ihn nicht für zweckmäßig erachteten. Ebenso konnten sich die Verbündeten Regierungen nicht entschließen, den Beschlüssen der Reichstagskommission über die Herabsetzung des Alters für die Wahlberechtigung und die Wählbarkeit, die Ablehnung der Wahl zur Arbeitskammer, sowie denjenigen, welche die Wahl von Sekretären der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen ermöglichen sollten, beizutreten. Die Bestimmungen über das Wahlverfahren sind gemäß den Kommissions-Beschlüssen vereinbart und erleichtert worden, auch ist die Aufbringung der Kosten im wesentlichen so geregelt, wie es die Reichstagskommission vorgeschlagen hatte. Endlich sind in Berücksichtigung der von der Kommission geäußerten Bedenken die Sitzungen der Arbeitskammern für nicht öffentlich erklärt worden.

Hinterbliebenenversicherung.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ melden: In das Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1909 waren zwei Bestimmungen aufgenommen worden, die mit der in ihm behandelten Materie nicht im Zusammenhange standen. Die eine betraf die Hinterbliebenenversicherung. Nach ihr sollte ein diese Versicherung regelndes Gesetz vor dem 1. Januar 1910 zustande kommen. Da dies nicht möglich war, die Hinterbliebenen-Versicherung auch in der neuen Reichsversicherungsordnung geregelt werden sollte, so ist dieser Termin in einem vor Weismann dem Reichstage angelegenen Gesetze auf den 1. April 1911 verschoben worden. Man nimmt an, daß die Reichsversicherungs-Ordnung im laufenden Kalenderjahre wird zustande-

gebracht werden können. Dann würde also tatsächlich die eine der hier in Rede stehenden Vorschriften des Zolltarifgesetzes zum 1. April 1911 zur Ausführung kommen. Zum 1. April 1910 wird die andere Geltung erlangen; sie bezieht sich darauf, daß von dem genannten Zeitpunkt ab keine Oktrois auf Fleisch, Brot usw. von Gemeinden mehr erhoben werden dürfen. Versuche, den Termin für das Inkrafttreten dieser Bestimmung zu verschieben, sind verschiedentlich gemacht worden. Sie wurden auch im Interesse verschiedener Gemeinden von der Regierung unterstützt, als im Reichstage darüber verhandelt wurde. Alle diese Versuche sind aber gescheitert. Es bleibt dabei, daß ab 1. April 1910 keine Gemeinde mehr derartige Oktrois erheben darf. Für einzelne Gemeinden sind damit Ausfälle größerer Art verbunden, im allgemeinen aber sind inswischen Wege gefunden, um die Ausfälle zu decken. So wird dem demnächst diese Bestimmung des Zolltarifgesetzes in Kraft treten können, ohne noch in der kommunalen Besteuerung größere Schwierigkeiten zu veranlassen.

Werden sie kämpfen?

Der „Voss. Ztg.“ wird geschrieben: In der nächsten Nummer der amerikanischen Monatschrift „The World's Work“ wird ein Artikel über die deutsch-englischen Beziehungen aus der Feder des amerikanischen Schriftstellers Dr. William Bayard Hale erscheinen, der einiges Aufsehen erregen dürfte. Denn der Autor ist mit dem Verfasser des Kaiser-Interviews im „Century Magazine“ identisch, das, wie noch erinnerlich sein dürfte, im letzten Augenblicke von der Veröffentlichung zurückgezogen wurde. Hale hat seinen neuesten Artikel „Will they fight?“ betitelt und erörtert die Frage, ob es zwischen Deutschland und England jemals zum Kriege kommen wird. Hale wurde im Sommer 1908 auf Bord der „Hohenzollern“, die sich damals an der norwegischen Küste befand, vom Kaiser empfangen und schildert zuerst seine Begegnung mit dem Monarchen. „Der Kaiser spricht die englische Sprache, die Sprache seines Mutter, absolut fehlerfrei, ohne irgend welchen Akzent. Und ob er über Architektur, Zoologie, Kunst, Sport oder eine internationale Angelegenheit plaudert, immer behält er sich bestimmter englischer Worte, die ihm auch in der Rede öfters unterlaufen. Der Kaiser hat seit vielen Jahren an der Spitze der mächtigsten Armee der Welt — und hat den Frieden bewahrt. Im Gegensatz zu seinem Enkel, dem König Edward, dessen Sympathie oder Antipathie in jedem Falle die denker lebhafteste ist, hat der Kaiser gelernt, sich zu beherrschen, und zwar viel mehr, als die Welt glaubt.“

Hale kommt dann auf die Kriegssucht der Engländer zu sprechen und erklärt, daß man in Deutschland eine Kriegssucht nie gekannt hat. In England habe die Parole des letzten Jahres einem „ominous husb“ Platz gemacht, der aber noch gefährlicher sei als der Rärm von früher.

Hale betont, daß Kaiser Wilhelm und König Edward gegen den Krieg seien, und daß ein Kampf selbst die Reichen Englands empfindlich treffen würde. Die Hale hervorhebt, wird König Edwards Eingreifen in die internationale Politik sehr überschätzt, obwohl sein Einfluß, wenn er ihn einmal geltend macht, stets für die Erhaltung des Friedens gemein sein soll. König Edward liebt in erster Linie die Ruhe und hasst jeden Streit. Der König sei vielleicht mehr deutsch als englisch und spreche die englische Sprache mit dem Akzent-System des echten Deutschen. Dies bemerkt Hale, daß auch der Kaiser sehr englisch veranlagt sei und für alles Englische eine große Vorliebe habe. Hale weist sich im großen und ganzen zum Verteidiger Deutschlands auf. Er weist den Vorwurf zurück, daß Deutschland sich mit heimlichen Absichten trage, zu einer bestimmten Zeit gegen England das Schwert zu ziehen. Hale erklärt, es sei auch nicht recht ersichtlich, was Deutschland durch einen Krieg mit England anderes gewinnen könne, als was es nicht bereits durch den friedlichen Wettbewerb erlangen habe. Die Deutschen hoffen die Engländer nicht, aber sie fürchten sie auch nicht. Hale bemerkt, man sei bekannt, daß man in lebenden deutschen Kreisen sich niemals vorstellt habe, Englands Bündnis mit Japan sei ein großer Fehler gewesen. „Will they fight?“ Hale behauptet, daß in deutschen und englischen Völkern der systematisch geschulte und zur feinsten Ueberzeugung gewohnte Charakter herrsche. Deutschland und England seien prädestiniert, mit einander zu kämpfen.

Mag Herr Hale sonst ein guter Völkerpsychologe sein — die deutsche Volkseele hat er in diesem Punkte ganz gewiß nicht ergründet.

Württembergische Politik.

* R i t t h e i m u. L., 13. Febr. In diesen Tagen fand hier eine gut besuchte Versammlung des Verbandes württembergischer Industrieller statt, in welcher der Verbandshandikus Dr. Raber über den „Nationalrat und die

neuen Memoiren der Engländerin Maria Williams entwarf. Im Neuen Weg gibt A. von Kosopoff viele kulturhistorisch interessante Szenen wieder, deren theatergeschichtliche Bedeutung noch dadurch erhöht wird, daß der junge Talma darin eine bedeutende Rolle spielt. Nach dem Staatsstreich von Thermidor, der der Herrschaft der Jakobiner ein fürdauerns Ende bereite, moaten einige Schauspieler, die an den blutigen Taten der Schreckensmänner beteiligt gewesen waren, sich in dem neuauflühenden Theaterleben wieder zu zeigen. Unter ihnen befand sich auch ein Handlungsgehilfe der berühmten Comedie d'Herbois, Jussif, der Schauspieler am Théâtre de la République gewesen war und nun dahin wieder zurückkehrte. Eines Abends, als das Théâtre de la République von einer zahlreichen Zuschauermenge gefüllt ist, tritt plötzlich einer aus dem Publikum am Schluß des als „Levee de rideau“ gespielten Einakters ein beschriebenes Blatt Papier auf die Bühne. Es stehen Verle darauf, die unter dem Titel „Das Erwachen des Volkes“ die gestürzten Schreckensmänner und ihren Anhang verurtheilen. Das Publikum verlangt nach dem Schauspieler Jussif, der in diesen Versen eigenes Urteil verlesen soll. Als er leich und verwirrt erscheint, ruft man ihm zu, er müsse eine Verse in die Hand nehmen wie ein reiner Säufer. Mit der Nerve in der ätternden Hand spricht er die ersten Verse. Dann ruft das beschriebene Publikum nach zwei anderen Schauspielern, die ebenfalls als frühere Jakobiner bekannt sind. Sie sind verschwunden; an ihrer Stelle tritt der junge Talma auf die Bühne und man begrüßt ihn mit Beifall als Patrioten. Doch bald erheben sich in der Menge Zweifel, wenn schleudert auch gegen ihn Anklagen und murrt man seinen Anteil an den Schreckensmännern. Ein früherer Moment! Da rufft sich Talma zusammen und ruft mit lauter, alles überhörender Stimme: „Bürger, all meine Freunde sind auf dem Schafot gestorben!“ Bei diesen Worten verstummt der Rärm; die schmerzliche Kaffner ruft jedem die eigene Trauer in die Erinnerung;

Buntes Feuilleton.

— Eine Kältekur für die Schlaflosigkeit. Ein interessanter Versuch, durch Kälte die Schlaflosigkeit zu heilen, wird gegenwärtig in dem Institut für tropische Medizin an Liverpool unternommen. Die Behandlung der Schlaflosigkeit, deren Erreger bekanntlich ein mikroskopischer Organismus ist, der durch den Stich der Tiefstfliegen Eingang in den Blutkreislauf findet, besteht darin, daß der Patient jeden Tag fünf bis sechs Stunden sich in einem Raum aufhält, der eine Kälte-temperatur von 20 Grad Fahrenheit hat. Der Raum, in dem der Kranke weilt, ist ein 12 zu 9 Fuß großes Gemach mit doppelten Holzwänden, zwischen denen sich ein Wasserkreislauf befindet, wodurch die Kälte erhalten wird. Der Raum ist sonst bequem ausgestattet mit einem Tisch, einem Stuhl und elektrischem Licht und von einem Wappendächlein umgeben, in denen eine Anzahl kranker Tiere der gleichen Art wie der Schlafkranke unterworfen werden. Diese tierischen Genossen des Patienten sind zwei Mäuse, die am Krebs leiden, zwei Schweine, die Tuberkulose haben, ein Schaf, das an Schlaflosigkeit, und zwei Watten, die an einer akuten Verbohrtheit leiden. Ein elektrischer Motor führt trockene, kalte Luft

zu, deren Temperatur 20-22 Grad Fahrenheit beträgt und deren Zirkulation durch Fächer verstärkt wird. Die Hauptaufgabe des Kranken besteht darin, sich noch zu erhalten und die eintigige Kälte möglichst zu vergessen. In diesem Behuf soll er lesen oder die Tiere beobachten. Der Patient, der außer dieser Kältekur noch die gewöhnliche Behandlung mit Aethyl erhält, konnte eine Besserung seiner jetzt sechs Monate dauernden Krankheit konstatieren. „Meine frühere beständige Schläfrigkeit und Erschlaffung ebenso wie die Schmerzen in meinen Gliedern sind seit dem Beginn der Behandlung weniger quälend geworden. Obgleich ich nicht sehr warm angezogen bin, habe ich doch die Kälte ganz gut sechs Stunden täglich ertragen und nehme mein Frühstück dabei ein. Wirklich kalt ist mir nur in den Händen, wenn ich ein Buch halte, um zu lesen. Stecke ich nun die Hände in meine Taschen, um sie zu wärmen, dann muß ich mein Buch fortlegen und dann bin ich eingeschlafen, ehe ich's merke. Die Tiere zu beobachten, ist nicht sehr interessant, denn sie schlafen fast die ganze Zeit. Die eigenartige Behandlung geht von der Tatsache aus, daß die hochgradige Einwirkung von trockener Kälte die Lebenskraft anregt, dadurch die natürliche Widerstandskraft gegen die Angriffe des Bazillus verstärkt und dem Kranken hilft, sich von der Krankheit zu befreien. Das stundenlange Einatmen reiner sterilisierter, kalter Luft hat eine tonische Wirkung auf den Organismus, obgleich die Krankheitskeime im Blut natürlich von der Kälte nicht direkt zerstört werden können, da die Temperatur im Körper des Kranken nicht niedriger wird. Doch wird durch die Einwirkung von Kälte sich vielleicht das Fortschreiten vieler Krankheitskeime nach Ansicht der Aerzte des Liverpooler Instituts verhindern lassen.“

— Talma und die Schreckensmänner. Das podende Bild eines Theaterfandals aus den angelegten Tagen nach dem Sturz der Schreckensherrschaft, in denen die Schauer der Revolution noch in den Nerven nachgetrieben, wird in den neuerliche-

Unterleib, jedoch er hat; ein anderer Beobachter erstigt zwei Rippenbrüche.

— Vom Schneesturm überfällt Berlin, 14. Febr. Die „A. Ztg.“ meldet aus Wehrh.: In den Provinzen wurden 7 holländische Arbeiter als Leiden aufgefunden. Sie waren von einem Schneesturm überzogen und verachtet worden.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Weibbarn, 13. Februar. Am Freitag trat im Ministerium des Innern zu Karlsruhe zum zweitenmale die Kommission zur Abgrenzung der Tätigkeitsgebiete der einzelnen Grenzbelagerungsbatterien zusammen. Wie der „A. Z.“ aus sicherer Quelle erfährt, wurde das für den hiesigen Platz in Aussicht genommene Bauernvereins-Lagerhaus bestätigt.

* w. Berlin, 14. Febr. Zu den Meldungen über Unruhen in Canton teilt die Deutsch-asiatische Post mit, daß nach dem in Shanghai bei dem dortigen Generalkonsul eingegangenen Nachrichten kein Grund zur Beunruhigung ersicht.

* Berlin, 14. Febr. Die „A. Ztg.“ meldet aus Paris: Auf Veranlassung der Zollbehörde in Havre wurden wegen Zollunterschlagungen von mehreren Millionen Francs 8 Personen und der Inhaber eines großen Exporthauses verhaftet.

* Paris, 14. Februar. Die Seine ist in den letzten 24 Stunden um 7 Zentimeter gefallen.

* Tanager, 14. Februar. Die Meldung Katsuly sei durch Gift getötet worden, wird dementiert. Er soll sich im Gegenteil besser Gesundheit erfreuen.

* Liden, 14. Februar. Die Kammer eröffnete heute mit einer Sitzung ihre außerordentliche Tagung.

* Konstantinopel, 14. Febr. Idam zufolge ermordeten Rebellen in Yemen die bei den letzten Kämpfen gefangenen türkischen Offiziere. Nach einer weiteren Meldung nahm die Pforte die Bedingungen des amerikanischen Syndikats an, das sich um die Konzession für die Eisenbahn Strad-Mojal bewirbt.

Spahn über die politische Lage.

m. Köln, 14. Febr. (Tel.) In einer gestrigen Zentrumssammlung in Bonn, in der der Abg. Dr. Spahn über die politische Lage sprach, erklärte der Vorsitzende in seinen Begrüßungsworten, das Zentrum habe sich der nicht dankbaren Aufgabe unterzogen, die dringend nötigen Reichseinnahmen mitzubewilligen, obwohl Zurückhaltung hierbei vielmehr, praktischer, besser u. klüger gewesen wäre, welche Bemerkung den Widerspruch Spahns herausforderte, der erklärte, daß er diesen Anspruch des Vorsitzenden nicht für richtig halte. Ein Bündnis oder eine Verabredung mit den Konservativen habe nicht stattgefunden. Beide Parteien händelten sich in voller Freiheit und Unabhängigkeit gegenüber. Das Ideal eines Blocks von Vosslermann bis Webel sei ein ausgeträumter Traum. Ein Großblock sei nur möglich, wenn der Bundesrat ihn mitmache; das sei nicht möglich. Der sogenannte Toleranzantrag für Aufhebung der religiösen Beschränkungen wird vermutlich Hebermorgen zur Beratung kommen.

Eine bemerkenswerte Kundgebung.

* Berlin, 14. Febr. Eine große Kundgebung gegen die Wahlrechtsvorlage der preussischen Regierung und für die geheime Stimmabgabe wird, von den Kreisen der bürgerlichen Selbstverwaltung, der Wissenschaft und der Kunst, der Industrie und des Handels am Sonntag, den 20. Februar, in Berlin veranstaltet werden.

Wir haben an leitender Stelle geäußert, daß darartige Kundgebungen politische Erfolge versprechen, ihnen sollten auch die sozialdemokratischen Arbeiter sich anschließen, nicht aber sich zu gewaltigen u. gefährlichen Straßendemonstrationen missbrauchen lassen. Ueber letztere urteilt genau wie wir die „Köln. Ztg.“, wenn sie schreibt:

In der politischen Aufregung dieser Tage wird man auch starke Worte brauchen müssen, ohne die Haltung zu verlieren. Anders erhält es sich mit den Kundgebungen auf der Straße. Die Sozialdemokratie treibt hierzu ein schönes Spiel, wobei dem Einfluß an Ruhe, Schamhaftigkeit und vielerlei Neben friedlicher Bürger keinerlei Chancen auf politische Erfolge gegenüberstehen. Die Sozialdemokratische Partei als solche mag mit ihren Kundgebungen keine Maßnahmen und Ausföhrungen bezwecken; für den überroll vorbandenen Maß gibt es aber keine bessere Gelegenheit, sich auszuweisen und Bewandlungen zu schaffen. Ohne solche ist es auch heute nicht abgegangen, wenn auch die Kundgebungen im allgemeinen ohne ernste Zwischenfälle verlaufen sind. Wenn diese Kundgebungen politisch überhaupt von Bedeutung sind, dann liegt die Bedeutung darin, daß sie den immer schwächer werdenden Widerstand gegen die Reform des Wahlrechts in den politisch rechts stehenden Kreisen der Bevölkerung wieder verstärken und die Begriffe „Wahlreform“ und „Umkehr“ bei gewissen Leuten in einen Zusammenhang bringen können.

Die sozialdemokratischen Straßendemonstrationen.

* Halle, 14. Febr. Die heute amtlich festgesetzt wird, wurden bei der gestrigen Wahlrechtsdemonstration 71 Personen verhaftet, 3 Kinder verwundet, 100 Lebt, darunter ein Schulmann, der im Handgemenge von einem beritzenen Kollegen einen Schlag ins Gesicht bekam.

Unruhen in Indien.

w. Allahabad, 14. Febr. Bei einigen eingeborenen Stämmen des zu den Zentralprovinzen von Britisch-Indien gehörenden Sozialenlandes Kathar ist eine aufständische Bewegung ausgebrochen; die Aufständer, die mit Weisen und Bogen bewaffnet sind, zerstören die Besitztümer, zerstören Polizeiwachen und Schulgebäude und verwunden einen Regierungskommissar schwer. 120 Soldaten wurden zur Unterdrückung des Aufstandes entsandt. Der Beweggrund der Unruhen ist unbekannt.

Badischer Landtag.

2. Kammer. — 35. Sitzung.

(Von unserem Karlsruhe Bureau.)

J.W. Karlsruhe, 14. Febr.

Der Präsident Rohrbach eröffnet um 3¼ Uhr die Sitzung.

Am Ministerisch sind anwesend der Minister des Innern Feht. v. Bodman, Direktor im Oberschulrat Sallwürdt, Geh. Oberregierungsrat Dr. Böhm und Regierungskommissar.

Aus Anlaß des 50. Geburtstages des Präsidenten ist dessen Platz mit Blumenkränzen von der national-liberalen Fraktion und dem Hause geschmückt.

Auf der Tagesordnung steht: 1. Münchlicher Bericht der Budgetkommission über die Petition des Kunstgewerbevereins

Ffzheim. Uebernahme des Betrages für die Erweiterung des Kunstgewerbevereinsgebäudes besteht auf die Großh. Staatskassa. Berichterstatter Abg. Reubank. 2. Bericht der Budgetkommission und Beratung des Budgets Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und des Unterrichts für 1910-11.

Ausgaben 10, Einnahmetitel 3, 8 2 bis 4 Unterricht: II Volksschule, Berichterstatter Abg. Kollb.

Sekretär Abg. Kollb. gibt dem Hause die neuen Einnahmen bekannt. Eingegangen sind Petitionen: 1. Vom Verein holländisch geprägter Werkmeister in Karlsruhe, die Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der nicht stammbürger Hochbauwerkmeister im Dienste der Großh. Staatsverwaltung betreffend. 2. Von Beamten des Vereins der Staatseisenbahnerverwaltungen, die Neuordnung der Stellen der Dienststellen betreffend. 3. Vom geschäftsführenden Ausschuss des Bundes gegen den Wiederaufbau des Heidelberger Schlosses und Verlangung der Mittel für das vorliegende Regierungsprojekt. Die Petitionen werden den entsprechenden Kommissionen überwiesen. Dann teilt der Präsident ein Schreiben des Abg. Schmidt-Karlsruhe von seiner Ernennung und Beförderung und Rangeshöhung mit. Infolgedessen muß eine Neuwahl stattfinden.

Darauf wird in die Tagesordnung eingetreten.

Abg. Reubank (Zentr.) erstattet den Bericht der Kommission über die Petition des Kunstgewerbevereins Ffzheim um Uebernahme des von der Stadtgemeinde Ffzheim angeforderten Betrages für Erweiterung des Kunstgewerbevereinsgebäudes auf die Großh. Staatskassa. Der Berichterstatter trägt in Kürze die Petition vor. Die Kommission ist der Ansicht, daß die Regierung die Hälfte der Kosten von 800 000 M. tragen möge und stellt einen entsprechenden Antrag.

Abg. Odenwald bezeichnet es als notwendig, daß die Sammlungen und die Bibliothek des Kunstgewerbevereins sich der Kunstgewerbeschule angliedert. Infolgedessen sei die Errichtung eines eigenen Flügels notwendig. Die Regierung habe allen Grund, der Stadt Ffzheim weitgehendst entgegenzukommen.

Abg. Stöckinger (Soz.) schließt sich seinem Vordemmer an und bezeichnet die Angliederung der Sammlung an die Kunstgewerbeschule und das Entgegenkommen der Regierung als absolut notwendig.

Der Minister des Innern von Bodman ist nicht zu dem Entschluß gelangt, den ablehnenden Standpunkt aufzugeben, sondern hält daran fest. Die Bedeutung der Ffzheimener Goldwaren-Industrie erkennt die Regierung durchaus an.

Berliner Drahtbericht.

(Von unserem Berliner Bureau.)

Vosslermann und Vossler über die politische Lage.

□ Berlin, 14. Febr. Aus Breslau wird gemeldet: Der nationalliberale Wahlverein in Breslau veranstaltete gestern vormittag eine öffentliche Versammlung, in der die Reichstagsabgeordneten Vosslermann und Vossler die politische Lage erörterten. Vosslermann bedauerte das Ende der Blockpolitik. Er kritisierte scharf das auswärtige Amt, sowie die preussische Wahlreform. Diese sei ohne die geheime Wahl unannehmbar. Der Redner verurteilte das konservative Parteiregiment in Preußen und die Wahlregelung national-liberaler Beamten.

Abg. Vossler bezeichnet die Wahlrechtsvorlage als einen großen Schritt auf ein Wahlrecht. Die direkte Wahl sei ein Fortschritt, aber ohne die geheime Stimmabgabe wäre die Vorlage abzulehnen. Unter stürmischen Zurufen der Sozialdemokraten erklärte sich der Redner gegen die Uebertragung des Reichswahlrechts auf Preußen, zumal dies durch den Widerstand des Herrenhauses und der Mehrheit des Abgeordnetenhauses undurchführbar sei.

Preussisches Abgeordnetenhause.

Wahlregelung von Beamten in der Provinz Posen.

□ Berlin, 14. Febr.

Im preussischen Abgeordnetenhause beschäftigt man sich heute mit der nationalliberalen Interpellation über die Wahlregelungen von Beamten in der Provinz Posen wegen ihres Eintretens für die national-liberale Partei. Der Ministerpräsident ist nicht erschienen, dagegen erklärt sich der Minister des Innern v. Wolke zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Dr. Friedberg (natl.)

begründete die Interpellation und ging auf die Vorgänge näher ein, welche den Gegenstand der Interpellation bilden. Im Kreise Bromberg besteht ein deutscher Wahlverein, der zum Schutze gegen die polnische Mehrheit gegründet wurde. Früher unterstützten die Nationalliberalen in diesem Wahlkreis stets den konservativen Kandidaten, jedoch wegen der immer härter werdenden agrarischen Agitation der Konservativen unterließ dies schließlich. Als die Nationalliberalen von den beiden Landtagsmandaten ein Mandat für die Nationalliberalen verlangten, was jedoch von den Konservativen abgelehnt wurde, wurde bei den letzten Reichstagswahlen von den Nationalliberalen ein eigener Kandidat aufgestellt und ein Wahlkreis wurde von verschiedenen Beamten mit unterrichtet. Diesen wurde von dem Regierungspräsidenten und auch vom Oberpräsidenten bekanntgegeben, daß das mit den Anforderungen nicht vereinbar war, welche in das dienstliche und außerdienstliche Verhalten eines Beamten zu stellen wären, wenn Beamte dazu beitragen, durch ihren Beitritt das Zusammengehen der deutschen konservativen Parteien gegenüber dem Volkentum zu fördern und dadurch das Deutschtum gefährden. Auch wurde ihnen bedeutet, daß sie noch weitere Unannehmlichkeiten haben würden, wenn sie die nationalliberale Kandidatur nicht beseitigen würden. Der Direktor Braun in Schneidemühl ist im Interesse des Dienstes vertrieben worden, ein Professor wurde befördert und verlegt, einem Postdirektor, der für die Gründung eines nationalliberalen Vereins agitierte, wurde die Verlegung angedroht. Im Kreise Jermikow-Bilehna trat der Oberpräsident eigenmächtig für die Konservativen gegen die Nationalliberalen ein.

Dr. Friedberg hatte auf Grund dieser Ausführungen nur zu recht, wenn er in diesen Vorfällen einen Beweis erblickt für eine

Konservatives Parteiregiment in Preußen.

Wenn der Ministerpräsident das befreit, so beweise er eben, sagte Dr. Friedberg hinzu, daß er mit den Verhältnissen nicht vertraut ist. Der Redner fragt, was es mit der Versicherung des Ministerpräsidenten sei, daß Beamte in ihrer politischen Stellungnahme unbeeinträchtigt bleiben sollten, wenn ein Regierungspräsident einfach die Partei vorschreibe, zu der der Beamte halten solle. Der Redner erklärt weiter, daß er die Vorfälle der Regierung nicht mitgeteilt habe, weil er doch keine Antwort bekommen würde. Eine ähnliche Beschwerde, die er schon vor Jahren eingereicht habe, sei bis heute unbeantwortet geblieben.

Der Redner verlangt Auskunft darüber, ob die Regierung mit einer

beugten Frontstellung gegen die nationalliberale Partei

umgeht, ob sie die Absicht habe, den Beamten-Apparat gegen die Nationalliberalen im Interesse der Konservativen zu verwenden. Wenn das der Fall wäre, so würde das ein ganz unerhörtes und zugleich unglückseliges Verhalten sein, gegenüber einer Partei, die stets die nationalen Interessen vertreten haben. Für die Strömung der Einigkeit der Deutschen macht Dr. Friedberg den Posener Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten in Bromberg verantwortlich. Zum Schluß verlangte der Redner eine ungewöhnliche Erklärung von der Regierung.

Die Antwort der Regierung.

Die Antwort gab der Minister des Innern v. Wolke. Er befreit nicht, daß Dr. Friedberg eine Beschwerde im Jahre 1908 gleicher Art gestellt habe, die auch geprüft worden sei; eine Antwort sei allerdings nicht erfolgt. Aber der Minister verpflichtet sich in dieser Hinsicht zu ändern. Ueber den Minister ging der Minister auf die von Dr. Friedberg vorgebrachten Vorfälle ein, in dem er sich zunächst eingehend mit der Geschichte des deutschen Wahlvereins und auch mit der Vorgeschichte der national-liberalen Sonderkandidatur beschäftigte. Der Minister nimmt besonders daran Anstoß, daß bei Gründung eines national-liberalen Vereins in Bromberg 52 Beamte den Aufbruch unter Aufsicht ihres Amtstitels unterzeichnet hätten. Er gibt zu, daß freundliche Vorstellungen gegenüber den Beamten z. B. gegenüber dem Gymnasialdirektor Braun in Schneidemühl erfolgt seien. Diese Vorstellungen hätten aber nur den Zweck gehabt, darauf aufmerksam zu machen, daß eine nationalliberale Sonderkandidatur nur den Erfolg haben könne, die Ausschüsse der Polen zu stärken. Der Minister befreit, daß mit diesen Vorstellungen ein Druck auf die Wahlfreiheit der Beamten beabsichtigt gewesen sei. Es sei ausdrücklich erklärt worden, daß den Beamten aus ihrer Zugehörigkeit zur national-liberalen Partei kein Vorwurf gemacht werde. Der Minister mußte aber zugeben, daß der Regierungspräsident von Bromberg den Beamten wegen ihrer Agitation für die Nationalliberalen Vorstellungen gemacht hat in der Richtung, daß die Wahl des konservativen Abgeordneten durch diese Agitation in Frage gestellt werden könne. Auch der Oberpräsident hat auf die Notwendigkeit eines einheitlichen Zusammengehens der Deutschen in der Provinz Posen hingewiesen, natürlich so, daß der konservative Kandidat indirekt empfohlen wurde. Es hätte aus der Luft gegriffen bezeichnet es der Minister, daß irgendwelche Maßregelungen erfolgt seien und führt die von Dr. Friedberg angeführten Vorgänge darauf zurück, daß der Direktor Braun infolge seines Alters auf sein Ansuchen pensioniert worden, während die Verlegung des Gymnasial-Professors in Schneidemühl aus dienstlichen Gründen erfolgt sei, weil er als Altpolitologe in Schneidemühl unbedeutend geworden sei. Emphatisch ruft der Minister aus, daß man diese Vorgänge doch nicht politisch ausdeuten könne und daß dagegen die Bevölkerung des Ostens mit Ausnahme der Polen den Oberpräsidenten von Posen für sein Eintreten im deutschen nationalen Interesse dankt. Der Minister referiert sich nochmals dahin, daß von Wahlregelungen überhaupt nicht gesprochen werden könne, daß es sich in den vorliegenden Fällen lediglich darum handelte, daß der Oberpräsident und der Regierungspräsident sich mit dem Antrage an einige Beamte gewandt hat: den Ausbau der nationalliberalen Organisation in der Provinz Posen zu fördern, liegt nicht in der Absicht der Regierung. Der Minister erklärte weiter, daß es für unzulässig halten würde, wenn die politischen Beamten die national-liberale Organisation mit anderem Maß messen würde, wie andere Parteien. Auch anerkannte der Minister, daß die national-liberale Partei der Ostmarkenpolitik der Regierung von jeher eine kräftige Stütze gewesen ist. Der Redner schließt mit dem Wunsche, daß in dem verstärkten Wettbewerb der Parteien wie bisher, so auch in Zukunft das Bewußtsein von der Notwendigkeit, dem Deutschtum das Schwergewicht zu erhalten, den Sieg davon tragen werden über die Wünsche und Ansprüche der einzelnen Parteien.

Die Stellungnahme der Konservativen.

In der Beantwortung nimmt zuerst das Wort der konservative Abg. Rogalla v. Bieberstein. Der Redner will eine Wahlregelung nicht zugeben. Als der Abg. v. Bieberstein die Namen der Beamten mit besonderer Betonung ihres Amtstitels verliest, welche den nationalliberalen Aufbruch unterzeichnet haben, ruft Dr. Bieberstein: „Sie denuncieren!“ worauf v. Bieberstein antwortet: „Nein, das Denunzieren überlasse ich Ihnen und ihrer Sippe!“ Wegen des Ausdrucks „denuncieren“ erteilt Vizepräsident Dr. Krause dem Abg. Bieberstein einen Ordnungsruf, während Abg. v. Bieberstein keinen Ausdruck „Sippe“ zurücknimmt. Dieser bedeutet dann die außerordentlich scharfe Sprache in den Reden der Nationalliberalen gegen die Konservativen und betont, daß diese Sprache das Zusammenarbeiten mit den Nationalliberalen bei einer so wichtigen Vorlage wie die Wahlreform außerordentlich erschweren muß.

Von den Freikonservativen sprach der Abg. Bieder, der ebenfalls das politische Verhalten der Beamten in Posen verteidigt.

Gegen Beamtenmaßregelungen im allgemeinen wendet sich Abg. Urspruch (frei. Volksp.). Im vorliegenden Falle könne aber von einer Beamtenmaßregelung keine Rede sein. Für die Interpellation habe keine Verantwortung vorgelegen. Mit dieser Erklärung findet der Redner den lebhaftesten Beifall der Rechten, während von der Linken und Sozialdemokratie Widerspruch laut wird.

* * *

w. Berlin, 14. Febr. Der Seniorenlager des Abgeordneten-Bundes verhandelte heute über die Anregung der Ergänzung der Geschäftsordnung aus Anlaß der Vorkommnisse am vorigen Donnerstag. Vorläufig wurde von einem gemeinsamen Vorgehen des Seniorenlager abstand genommen, so daß es den Parteien überlassen bleibt, in dieser Frage selbstständig Stellung zu nehmen.

Briefkasten.

(Anfragen werden nur dann beantwortet, wenn die Abonnementsquittung beiliegt. Anonyme Anfragen werden in den Briefkasten nicht aufgenommen.)

Abonnent F. A. Ob ihr Bruder sich beim hiesigen Postamt melden kann, hängt davon ab, ob sein Zivilstandsamt keine Eintragungen hat und ob er berechtigt ist, sich um Anstellung in allen deutschen Bundesstaaten zu bewerben.

Militärpflichtiger. 1. Die Zeichen Ihres Lösungsscheines sind einschließlich unrichtig wiedergegeben.

Abonnent S. S. A. 1. Am liebsten werden solche Aspiranten genommen, welche das Reifezeugnis für die Prima eines Gymnasiums aufweisen können.

Abonnent J. S. 1. Das unechte Kind erhält den Namen seiner Mutter und wird auch so in das handelsamtliche Register eingetragen.

Abonnent M. M. 1. Die Hausbesitzerin braucht vor der Neuvermietung der vorherigen Räumlichkeiten sich nicht mit dem Vermieter des Hinterhauses zu besprechen.

Abonnent K. M. S. 1871. 1. Die alte römische deutsche Kaiserkrone wurde früher im Königschatz zu Aachen aufbewahrt.

Abonnent J. R. 48. Wir sehen keinen anderen Weg, als die Zeitungsgammonet, deren Sie sich zu bedienen hätten, um eine Ihnen zugehörige Stellung zu erlangen.

Abonnent G. J. Uns ist kein Professor dieses Namens bekannt, dessen Spezialität erkranktes Gebiet wäre.

Abonnent Fr. W. Pr. in W. Mi uns die Adresse des Auftragsbesizers bekannt, so werden die Offerten täglich zugesandt.

Abonnent G. W. in Ludwigshafen. Senden Sie sich an die Hochschule für Musik (Abteilung Theatermusik) in Mannheim.

Abonnent J. B. in Chemnitz. Die Prügeln sind am Abend des 1. August 1888 in Mannheim eingetroffen.

Volkswirtschaft.

Vom rheinischen Eisenmarkt.

Man schreibe uns aus Düsseldorf: In der letzten Zeit mochten sich verschiedentlich Angaben geltend, wonach die Werke und auch die Händlergruppen mit dem Tempo der zunehmenden Besetzung des Eisenmarktes nicht recht einverstanden zu sein scheinen.

die Lager- und Verkaufspreise für Stabeisen um 50 Bfg. pro 100 Kilo zu erhöhen. Auch der Metallmarkt folgt diesem Beispiel.

Über die Erhöhungen auf dem Kupfermarkt haben wir bereits Mitteilung gemacht. Auch für Fertigfabrikate werden infolgedessen die Preise erhöht.

Jedenfalls geben die bisherigen Vorgänge auf dem Eisenmarkt mit hinlänglicher Sicherheit zu erkennen, daß wir vor einer starken Aufwärtsbewegung auf allen Gebieten der Eisen- und Metallwaren-Industrie stehen.

Börsen-Wochenbericht.

W. London, 11. Februar. Während der abgelaufenen Woche hat der Geldmarkt sich weiter als sehr flüchtig erwiesen. Sowohl Leihzinsen als Diskontozinsen gingen immer weiter zurück.

Trotz des sehr günstigen Ausweites des Handelsamtes zeigt der englische Warenmarkt eine laulose Tendenz.

Auf dem amerikanischen Bahnenmarkt herrscht während des größeren Teiles der Woche eine hart rückgängige Haltung. Die Realisationen dauerten fort.

Die Lage ist also sehr kompliziert und der Umstand, daß viele Posten der Jahresbilanz auf einem Auswärtigen Stande stehen, ist nur aus anderen Verhältnissen erklärlich.

sehr ruhige Haltung. Argentinische Bahnwerte sind wiederum etwas schwächer. Für Kupferwerte bleibt die Wall Street Tendenz weiter allein maßgebend.

n. Mannheimer Produktionsbörse. Die Stimmung am hiesigen Getreidemarkt ist ruhig bei weiterer Zurückhaltung der Verbraucher.

Roggen russischer 9 Rub 10-15 schwimmend M. 131.50 bis M. 132.00, do. 9 Rub 15-20 schwerer M. 132.50-133.

Telegraphische Handelsberichte.

Berlin, 14. Februar. Die Portland-Zementwerke Schwabenland bringen 8 Prozent Dividende (i. V. 12 Proz.) in Vorschlag.

Preisrückgang für verzinkte Drähte.

Berlin, 14. Febr. Die Drahtkonvention die Preise für verzinkte Drähte, laut Frankf. Stg., um 5 Mark pro Tonne für Lieferung ab 2. Quartal erhöht.

Von der Reichsbank.

Berlin, 14. Februar. Auf wozu ist der Zentralausschuß der Reichsbank einberufen behufs Vorlage des Jahresabschlusses, welcher nunmehr dem Reichsanwalt, Johann am 4. März der Generalversammlung vorgelegt wird.

Rückzug vom Dividendenmarkt.

Strasbourg, 14. Februar. Der Aufsichtsrat der Südtiroler Mühlenwerke beschloß bei erhöhten Abschreibungen die Verteilung von 9 Prozent Dividende gegen 8 Prozent im Vorjahre.

Leber, 14. Februar.

Leber, 14. Februar. Die Leber Bank schlägt für das vergangene Jahr eine Dividende von 10 Prozent wie im Vorjahr vor.

Barmer, 14. Februar.

Barmer, 14. Februar. Der Barmer Bankverein wird wieder 7 1/2 Prozent auf das Aktienkapital von 60 Millionen verteilen.

Krefeld, 14. Februar.

Krefeld, 14. Februar. Das Kontorverleihen ergab die Rohleidenfirma Ruppahn u. Dubois u. ist jetzt lt. Brf. Stg. seitens eines Gläubigers beantragt.

W. Berlin, 14. Februar. Die Bilanz der Baumwollspinnerei Erlangen ergibt nach Abzug von 184.809,34 M. gegen 119.120,59 M. im Jahre 1908 für Amortisation einen Reingewinn von 292.047,08 M. Der Aufsichtsrat beschloß nach Zuzug von 10.000 M. auf das Arbeiterunterstützungsfonds der Generalversammlung vorzuschlagen, 15 Prozent Dividende auf das Aktienkapital zu verteilen und den nach Abzug von Zinsen und Gratifikationen verbleibenden Betrag von 41.547,09 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Die neuen Anleihen des Reichs und Preussens. * Berlin, 14. Febr. Heute geben die Intelligenzblätter betr. Zeichnung auf die neuen Reichsanleihen und die preussischen Konsole ab.

Bilanzierungen. * Berlin, 14. Febr. Die Bilanzierung der Diskontogesellschaft findet am 1. März und diejenige der Darmstädter Bank am 3. März statt.

Kursblatt der Mannheimer Produktenbörse.

Table with columns for various commodities like Weizen, Roggen, Hafer, etc., and their prices. Includes sub-sections for 'Weizen, pfl. neu' and 'Roggen, pfl. neu'.

Die Notierungen sind in Reichsmark, gegen Barzahlung per 100 Kg. bahntreue hier.

Tendenzen: Weizen unverändert. Roggen ruhig. Brauereier ruhig. Futtermittel niedriger. Hafer ruhig. Mais etwas abgeschwächt.

Mannheimer Effektenbörse.

Table listing various stocks and bonds with their respective prices and symbols.

Table listing various stocks and bonds under the heading 'Mannheimer Effektenbörse'.

Deute wurde gehandelt: Bad. Affener Aktien zu 1670 M. pro Stück und Frontons, Rüd- und Winder, Aktien zu 1080 M. pro Stück. Ferner waren von Industrie-Aktien höher: Verein Deutscher Oelfabriken 154 1/2 und Zuckerfabrik Bockhölzel 180 1/2. Niedriger notierten: Portland-Cementwerke, Heidelberg, 142 1/2. Sonstige Veränderungen: Brauerei Ganten, Freiburg 95,50 1/2, Submissions-Aktienbrauerei 319 1/2 und Frankfurter Transport 1885 1/2.

Marx & Goldschmidt, Mannheim

Telegraphische Adressen: Margold, Fernsprecher: Nr. 56 und 1637 14. Februar 1910. Provisionsfrei!

Table with columns 'Wir sind als Selbstkontrahenten unter Vorbehalt', 'Verkäufer', and 'Käufer'. Lists various stocks and their prices.

Berliner Effektenbörse.

Table listing various stocks and bonds with their respective prices and symbols.

Table listing various stocks and bonds under the heading 'Berliner Effektenbörse'.

Table listing various stocks and bonds under the heading 'Berliner Effektenbörse'.

Table titled 'Londoner Effektenbörse' listing various stocks and their prices.

Table titled 'Wiener Börse' listing various stocks and their prices.

Table titled 'Berliner Produktenbörse' listing various commodities and their prices.

Table titled 'Budapester Produktenbörse' listing various commodities and their prices.

Table titled 'Liverpooler Börse' listing various commodities and their prices.

Table titled 'Frankfurter Effektenbörse' listing various stocks and their prices.

Table titled 'Frankfurter Effektenbörse' listing various stocks and their prices.

Staatspapiere, A. Deutsche.

Table with columns for bond types (e.g., 4% Reichsanl., 3% Pr. Anl.), values, and dates. Includes entries for various government bonds and interest rates.

Aktien industrieller Unternehmen.

Table listing industrial stocks such as Bad. Anilin- & Soda-Fabrik, Berg. u. M. B., and others, with their respective share prices.

Bergwerkaktien.

Table listing mining stocks like Bochumer Bergbau, Hibernia, and others, with their share prices.

Aktien deutscher und ausländischer Transportenstellen.

Table listing transport stocks including Sächs. Eisenb., Hamburger Paket, Norddeutscher Lloyd, and others, with their share prices.

Bank- und Versicherungs-Aktien.

Table listing bank and insurance stocks such as Badische Bank, Deutsche Bank, and others, with their share prices.

Überseeische Schiffsahrts-Telegramme.

Text providing shipping news, including arrival and departure schedules for various lines like Holland-Amerikanische and others.

Kasseler Hafer-Kakao

Text describing the benefits of Kasseler Hafer-Kakao for digestion and health, mentioning it is a natural food product.

Genfer See MONTREUX Schweiz

Text advertising hotels in Montreux, Switzerland, including Hotel Continental, Hotel Breuer, and Hotel Beau-Rivage.

Text promoting a healthy lifestyle with Hunyadi János water, stating it is beneficial for various ailments.

Text for Hunyadi János water, emphasizing its natural origin and health benefits.

Vergabung von Bauarbeiten.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

- List of construction work items and their estimated costs, such as '1. Erd- und Grabarbeiten 15 000'.

Text providing details about the construction project, including the date and location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Text regarding the construction of a building, mentioning the architect and the location.

Todes-Anzeige.

Text of a death notice for Rudolf Bassermann, mentioning his family and the date of his passing.

Rudolf Bassermann

Text of a death notice for Rudolf Bassermann, mentioning his family and the date of his passing.

Text of a death notice for Rudolf Bassermann, mentioning his family and the date of his passing.

Text of a death notice for Rudolf Bassermann, mentioning his family and the date of his passing.

Text of a death notice for Rudolf Bassermann, mentioning his family and the date of his passing.

Text of a death notice for Rudolf Bassermann, mentioning his family and the date of his passing.

Dreifüssiger Verein

Text regarding the Dreifüssiger Verein, mentioning the date and time of their meeting.

Monats-Versammlung

Text regarding the monthly meeting of the Verein, mentioning the date and time.

Vermischtes

Text regarding various news items, including a notice about a woman seeking a partner.

Verkauf

Text regarding the sale of various items, including a bicycle and a car.

Warenhaus

Text regarding a department store, mentioning the location and the types of goods sold.

Stellen finden

Text regarding job openings, mentioning various positions and requirements.

Stellen suchen

Text regarding people seeking jobs, mentioning their skills and requirements.

Teilhhaber

Text regarding a partnership or shareholding opportunity.

Bureau-Möbel

Text regarding the sale of office furniture.

Lehrmädchen

Text regarding the search for a governess.

Wohnungen

Text regarding the search for rental properties.

Erste Arbeiterin

Text regarding the search for a first worker.

Ankauf

Text regarding the purchase of various items.

Warme Pöckel-Ochsenbrust

Text regarding the sale of smoked beef.

Teilhhaber

Text regarding a partnership or shareholding opportunity.

Bureau-Möbel

Text regarding the sale of office furniture.

Lehrmädchen

Text regarding the search for a governess.

Wohnungen

Text regarding the search for rental properties.

Erste Arbeiterin

Text regarding the search for a first worker.

Ankauf

Text regarding the purchase of various items.

Warme Pöckel-Ochsenbrust

Text regarding the sale of smoked beef.

Schuh-Creme

Text regarding shoe cream, mentioning its benefits for leather shoes.

Generalvertreter

Text regarding the general representative for the shoe cream.

lukrativen Vertretung

Text regarding a lucrative representation opportunity.

Warenhaus

Text regarding a department store, mentioning the location and the types of goods sold.

Stellen finden

Text regarding job openings, mentioning various positions and requirements.

Stellen suchen

Text regarding people seeking jobs, mentioning their skills and requirements.

Erste Arbeiterin

Text regarding the search for a first worker.

Ankauf

Text regarding the purchase of various items.

Warme Pöckel-Ochsenbrust

Text regarding the sale of smoked beef.

Stellen finden

Text regarding job openings, mentioning various positions and requirements.

Stellen suchen

Text regarding people seeking jobs, mentioning their skills and requirements.

Erste Arbeiterin

Text regarding the search for a first worker.

Ankauf

Text regarding the purchase of various items.

Warme Pöckel-Ochsenbrust

Text regarding the sale of smoked beef.

Wohnungen

Text regarding the search for rental properties.

Lehrmädchen

Text regarding the search for a governess.

Bureau-Möbel

Text regarding the sale of office furniture.

Teilhhaber

Text regarding a partnership or shareholding opportunity.

Schuh-Creme

Text regarding shoe cream, mentioning its benefits for leather shoes.

